

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Nr. 134

Mittwoch, den 1. Juni 1919

36. Jahrgang.

## Die Abänderungsarbeit am Friedensvertrag.

Die neuesten Berichte und Vermutungen der feindlichen und neutralen Zeitungsberichterstattung in Paris, lassen trotz mancherlei Widersprüchen doch erkennen, daß der feindliche Verband sich über gewisse Änderungen in den Friedensbedingungen zu einigen im Begriff ist. Es tritt das Bestreben hervor, den deutschen Bevollmächtigten die Unt...ung des Vertrags nicht unmöglich zu machen. Aber die Frage bleibt offen, ob die durch taumelnde Interessenkonflikte, Kompromisse und persönliche Anzulänglichkeiten gefesselten feindlichen Staatsmänner den deutschen Lebensnotwendigkeiten soweit Rechnung tragen werden, daß die Unterzeichnung möglich wird. Man scheint zu der Ausflucht greifen zu wollen, den Wortlaut des Vertrags unverändert zu lassen, ihn jedoch durch einen hinzugefügten Anhang, der einige der deutschen Einwendungen berücksichtigt, abzuschwächen. Zu diesem Zusammenhang ist übereinstimmend die Rede von Überschieben. Ferner sollten für die von Deutschland zu übernehmende Entschädigungsvspflichtung festere Grenzen gezogen und die Befugnisse der feindlichen Ueberschuldungskommission enger begrenzt werden. Französische Wünsche suchen diese Zugeständnisse wieder zunichte zu machen, indem sie die Entschädigungssumme auf die Höhe von über 200 Milliarden schrauben wollen. Andeutungen, daß man Deutschland eine koloniale Betätigung ermöglichen wolle, wiederholte sich. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund soll für den Herbst in Aussicht genommen werden. Gegen englische Vorschläge einer zeitlichen Einschränkung der Besetzung der Rheinlande scheint sich der französische Widerspruch noch zu behaupten. Da alle diese Widerungen abhängig gemacht werden sollen von der fortwährenden Erfüllung der Deutschland auferlegenden Verpflichtungen, so hängt ihr Wert für uns ganz davon ab, ob diese Verpflichtungen eben nicht derart sein werden, daß sie beim besten Willen sich als unerfüllbar erweisen werden.

**Amsterdam, 9. Juni.** „Newport Sun“ meldet, daß die Lage hinsichtlich der Abänderungen im Friedensvertrag beständig wechselt. Die Neigung, eine endgültige Entschädigungssumme festzusetzen, wächst. Die Franzosen bestehen auf mindestens 50 Milliarden Dollar (210 Milliarden Goldmark), die Engländer sind für 10 Milliarden und die Amerikaner wollen nicht über 30 Milliarden gehen. Es wird erwartet, daß die Amerikaner den ganzen Sommer über in Paris bleiben. Der Präsident hofft, gegen den 1. Juli nach Washington zurückzukehren.

**London, 10. Juni.** „Daily Mail“ in London nebelt aus Paris: Die Antwort an Deutschland soll 30 eng beschriebene Seiten umfassen.

## Der Staatsgerichtshof.

Der Staatenausschuß hat den Gehörten über die Errichtung eines Staatsgerichtshofs angenommen. Es wird darin bestimmt:

Die Nationalversammlung bildet aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Vorgänge in der politischen und militärischen Leitung des Reichs, die zum Ausbruch, zur Verlängerung oder zum Verlust des Kriegs beigetragen haben. Die Reichsregierung hat dem Ausschuß die von ihm bezeichneten Urkunden und Akten zur Verfügung zu stellen. Hält der Ausschuß eine Person, die vermöge ihrer Stellung im öffentlichen Leben in der Lage war, Einfluß auf die Politik des Reichs zu nehmen, für verdächtig, zu dem Ausbruch, der Verlängerung oder dem Verlust des Krieges schuldhaft beigetragen zu haben, so eröffnet er gegen sie das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof.

Der Staatsgerichtshof wird bei dem Reichsgericht gebildet. Er besteht aus 15 Mitgliedern mit Einfluß des Vorsitzenden. Vorsitzender ist der Präsident des Reichsgerichts, Beisitzer sind die Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, des Preussischen Obergerichtspräsidenten, des Bayerischen Obergerichtspräsidenten und des Oberlandesgerichts Hamburg. Die fünf Gerichtspräsidenten werden im Falle der Behinderung durch ihre amtlichen Stellvertreter ersetzt. Die übrigen 10 Mitglieder und ihre 10 Stellvertreter werden je zur Hälfte von der National-

versammlung und vom Staatenausschuß gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der nicht Mitglied einer der beiden Körperschaften ist. Der Spruch des Staatsgerichtshofs ergibt auf Grund einer öffentlichen und mündlichen Verhandlung.

Zu der Verhandlung ist der Beschuldigte zu laden; bleibt er aus, so kann ohne ihn verhandelt oder seine Vorführung verfügt werden. Im Spruch des Staatsgerichtshofs ist festzustellen, ob die zur Verantwortung gezwungene Person ein Verbrechen trifft, ob ein solches Verbrechen nicht erwiesen oder ob die Nichtschuld erwiesen ist.

Zu der Begründung des Gesetzes wird auf die beschränkte Möglichkeit eines vollständigen Urteils hingewiesen. Ein Gerichtshof könnte heute zu den Fragen jedenfalls nur dann ein abschließendes Urteil geben, wenn ihm die Archive aller am Krieg beteiligten Völker zur Verfügung stehen. Die Reichsregierung habe deshalb versucht, die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zu erwirken. Der Plan sei aber bei unseren Gegnern auf entschiedene Ablehnung gestoßen. Die Reichsregierung halte sich gleichwohl für verpflichtet, was an ihr liegt, zu tun, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Sie hat sich entschlossen, der Nationalversammlung als der Trägerin der Volkssouveränität die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses als des politischen Anklägers vorzuschlagen. Die endgültige Entscheidung über die Schuldfrage erfolge durch einen unabhängigen, von Staatsgerichtshofen von der Nationalversammlung und dem Staatenausschuß sicherzustellen, sei bestimmt, daß Mitglieder dieser beiden Körperschaften bei der Entscheidung über die Schuldfragen nicht mitwirken dürfen. Als einzige Straffolge des Schuldspruchs sei die dauernde Unfähigkeit des Schuldigen vorgehoben, öffentliche Ämter zu bekleiden und in öffentliche Körperschaften gewählt zu werden. Das deutsche Volk müsse davor bewahrt bleiben, daß Männer, die an seinem Schicksal mitschuldig sind, wieder zu Amt und Würden kommen oder sonst politischen Einfluß erlangen.

**Berlin, 9. Juni.** Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Durch ein Versehen ist das Gesetz über den Staatsgerichtshof am 7. Juni in der feilher schon veröffentlichten Fassung anstatt in der nunmehr in Uebereinstimmung der Reichsregierung mit dem Staatenausschuß festgestellten Form veröffentlicht worden. Der jetzt geltende und der Nationalversammlung zugegangene Entwurf enthält nicht die Bestimmungen über die Rechtsfolgen einer Verurteilung durch den Staatsgerichtshof, sondern beschränkt dieselben vielmehr auf ein Feststellungs-

**Berlin, 9. Juni.** Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Durch ein Versehen ist das Gesetz über den Staatsgerichtshof am 7. Juni in der feilher schon veröffentlichten Fassung anstatt in der nunmehr in Uebereinstimmung der Reichsregierung mit dem Staatenausschuß festgestellten Form veröffentlicht worden. Der jetzt geltende und der Nationalversammlung zugegangene Entwurf enthält nicht die Bestimmungen über die Rechtsfolgen einer Verurteilung durch den Staatsgerichtshof, sondern beschränkt dieselben vielmehr auf ein Feststellungs-



## Neues vom Tage.

### Die Nationalversammlung in Weimar.

**Berlin, 10. Juni.** Die Nationalversammlung wird nach Weimar nach Berlin, wie zuerst gemeldet wurde, einberufen werden. Die Mehrzahl der Reichsminister begeben sich am Mittwoch nach Weimar.

### Dr. David über den Friedensvertrag.

**Paris, 10. Juni.** Der Berliner Berichterhalter des „Tems“ wurde von Reichsminister Dr. David empfangen, der ihm erklärte, es gebe innerhalb des deutschen Kabinetts keinerlei Meinungsverschiedenheit in der Frage der Nichtunterzeichnung der gegenwärtigen Friedensbedingungen. Wir wissen, daß wir uns den militärischen Maßnahmen der Entente nicht widersetzen können, aber andererseits wissen wir auch, daß man das deutsche Volk nicht vernichten kann und daß die Entente uns ihre Bedingungen nicht gewalttätig aufzwingen kann. Wenn wir unterzeichnen, verurteilen wir uns und unsere Nachkommen zu langer Sklaverei. Wenn wir nicht unterzeichnen, dann werden Blockade und andere Maßnahmen der Entente unfehlbar Unruhen herbeiführen, welche das Ende der europäischen Zivilisation bedeuten können. Der deutsche Gegenvorschlag gehe bis an die äußerste Grenze dessen, was Deutschland ertragen und erfüllen könne.

### Keine Neutralität.

**Berlin, 10. Juni.** Die „Freiheit“ (Unabhängig) veröffentlicht wieder einen Gemeinbescheid, worin es heißt: Nach Mitteilungen des Generalkommandos kann mit neuen Unruhen in Berlin gerechnet werden. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Heeresangehörige zur Verteidigung ihrer Kasernen verpflichtet sind. Wer sich dieser Verpflichtung entzieht, geht aller ihm aus seiner Stelle erwachenden Rechte und Ansprüche verlustig. Neutralitätsdeklarationen werden von der Regierung keineswegs anerkannt werden, vielmehr hat die Reichswehr Befehl, gegen „neutrale“ Kasernen als Feinde vorzugehen. Ihre Besatzungen werden nach Kriegrecht behandelt werden.

### Erhöhung der Viehpreise.

**Berlin, 10. Juni.** In einer gemeinsamen Sitzung des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses der preussischen Landesversammlung wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschließen, eine Eingabe wegen Erhöhung der Viehpreise der Regierung zur Berücksichtigung zu überreichen mit dem Ersuchen, bei der Reichsregierung eine sofortige, der Steigerung aller Produktionskosten entsprechende Erhöhung der Schlachtviehpreise zu beantragen.

### Holkendorff.

**Berlin, 10. Juni.** Im Krankenhaus zu Prenzlau starb am Pfingstamstag an den Folgen einer Operation der Großadmiral und Chef der Hochseeflotte a. D. Dennis v. Holkendorff. Während des Weltkriegs übernahm er das Amt des Chefs des Admiralstabs der Marine, welchen Posten er bis zum 1. August 1918 innehatte.

### Aus dem Parteileben.

**Berlin, 10. Juni.** Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei hielt gestern in Weimar eine Sitzung ab. Der Parteivorsitzende Hermann Müller gab einen Uebersicht über die Bedeutung dieses Parteitags. Er teilte mit, Scheidemann werde, falls es zu einem Bericht über die Aufgaben der Partei in der Republik überhaupt kommen sollte, auch die auswärtige Politik mitbehandeln. Zu Vorsitzenden des Parteitags sind Heinrich Schulz-Spreußen und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung, Loh-Dresden, anberufen.

### Belagerungszustand über Marienburg.

**Berlin, 10. Juni.** Nachdem in letzter Zeit wiederholt Anschläge auf Artillerielager und militärische Bunker und Anlagen von Marienburg verübt wurden, ist durch den kommandierenden General des 17. Armee-Korps über den Kreis Marienburg der Belagerungszustand verhängt worden.

**Berlin, 10. Juni.** Das polnische Polizeipräsidium in Posen hat jeden Verkauf deutscher Zeitungen und auch den Druck von Familienanzeigen, außer Tagesanzeigen, verboten, angeblich um der deutschen Spionage entgegenzutreten.







